



Themenpapier

www.gruener-mist.de

**#GrünerMist
2021**

Klimahysterie

Klima-Hysterie kostet uns Freiheit und Wohlstand

„Klimaschutz“ ist für die neuen grünen Öko-Sozialisten, was der Klassenkampf für die Oldschool-Sozialisten war: Eine Ideologie, mit der sie ihren Machtanspruch auf so gut wie alle Bereiche des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sogar des privaten Lebens begründen.

Dabei verfahren sie im Grunde genauso wie die Revolutions-Agitatoren früherer Tage oder wie mittelalterliche Ablassprediger: Sie malen ein furchterregendes Feindbild – die Hölle, die „kapitalistischen Ausbeuter“ oder eben die „globale Erwärmung“ –, schüren Panik und Hysterie vor dem bevorstehenden Weltuntergang – die Erde verbrennt oder versinkt in den Fluten –, aber natürlich können sie, und nur sie allein, die Welt retten und das Paradies auf Erden schaffen, wenn nur alle Opfer bringen, Verzicht üben und treu und gläubig alles tun, was sie fordern.

Aufs Reisen verzichten, Verbrenner-Autos verschrotten, Kohlekraftwerke stilllegen, noch mehr Steuern zahlen, nicht mehr in Einfamilienhäusern leben und kein Fleisch mehr essen – mit der Panikmache vor dem „Klimawandel“ lässt sich alles Mögliche rechtfertigen. Wir haben nur noch ein paar Jahre Zeit, predigen die Klima-Apokalyptiker. Entweder bauen wir unser Land und unser Leben radikal nach grünen Vorstellungen um, oder die Welt geht unter. Die Grünen haben es eilig mit dem Griff nach der Macht.

Worauf das alles hinausläuft, ist leicht zu durchschauen: Die Masse soll Verzicht üben und sich einschränken, damit die grüne Klasse der Erleuchteten ihre Machtphantasien ausleben kann. Wirtschaft und Unternehmen sollen nur noch nach grünen Regeln arbeiten und produzieren können, Bürgern und Privatleuten wollen sie

vorschreiben, wie sie leben sollen, wohin sie noch fahren und was sie noch konsumieren dürfen. Im Klartext: Öko-Planwirtschaft, mit einem übermächtigen Staat, der alles besser weiß.

Und der für alle sorgt, die zur neuen Klasse der grünen Nomenklatura gehören und ihr Spiel mitspielen. Dafür werden munter Steuern erhöht und Schulden ohne Ende gemacht.



Dafür werden munter Steuern erhöht und Schulden ohne Ende gemacht.
Die 50 Milliarden jährlich für die „sozial-ökologische Transformation“, die das Grünen-Programm fordert, sind erst der Anfang. Der Rest bezahlt dafür mit weniger Freiheit und schwindendem Wohlstand, wie immer, wenn sozialistische Ideologen Planwirtschaft einführen und die Bürokratie aufblähen. Wer nicht zur herrschenden grünen Klasse gehört, darf sich damit trösten, dass er zwar ärmer wird – **aber dafür „klimaneutral“**.



Linksterror

Linksterror gegen Andersdenkende: Mit den „Grünen“ in die linke Gesinnungsrepublik

Seit es die „Grünen“ gibt, sind sie Anlaufstelle für Linksextremisten. Bei den „Grünen“ sitzen die Unterstützer und Stichwortgeber von „Antifa“-Schlägern, gewalttätigen Hausbesetzern und militanten Öko- und „Klima“-Terroristen einträchtig neben Veteranen radikaler kommunistischer Splittergruppen der alten Bundesrepublik und einstigen Sympathisanten der „RAF“-Linksterroristen. Etliche Altkader tummeln sich heute noch an den Schalthebeln. Sammelbecken des linksextremen Nachwuchses ist die „Grüne Jugend“, in der sich Linksradikale aller Richtungen hemmungslos austoben können und sich häufig mit der Linksjugend „solid“ der umbenannten SED verbrüdern. So im Jahr 2013 bei der gemeinsamen Bekenntnisaktion „Ich bin linksextrem“ oder bei Protesten gegen die Einstufung der gewalttätigen „Klimaschutz“-Truppe „Ende Gelände“ als linksextrem durch den Verfassungsschutz.

Dem „grünen“ Establishment, etwa dem Ex-Parteichef Cem Özdemir, der gerne Minister werden möchte, ist der offen zur Schau gestellte militante Linksextremismus der Parteijugend mitunter etwas peinlich. Aber auch Özdemir hat kein Problem damit, seine Unterschrift für linksextrem unterwanderte Bündnisse wie „Aufstehen gegen rechts“ herzugeben, in einer Reihe mit der „Interventionistischen Linken“.

In der Einheitsfront „gegen rechts“ mit der linksextremen „Antifa“ mitzumarschieren gehört für „Grüne“ aller

Ebenen schon zum guten Ton. EU-Spitzenkandidatin Franziska Keller lässt sich stolz mit Antifa-Emblemen ablichten. Und die Parteichefin und Möchtegern-Kanzlerin Annalena Baerbock hat kein Problem, die „Antifa“ als „nicht per se linksextremistische Organisation“ zu herunterzuspielen.



Die „Grüne Jugend“ ist alles andere als eine schillernde Radikalinski-Truppe, sie hat erheblichen Einfluss auf die

Mutterpartei. Ihre Funktionäre sind in der Parteiführung und in vielen Landesverbänden auf dem Vormarsch und kandidieren verstärkt für Landes-, Bundes- und Europaparlamente.

Die Bündnispolitik der Parteilinken und der „Grünen Jugend“ – neben Linksjugend und „Ende Gelände“ kooperiert sie auch mit „Fridays for Future“ und der linksradikalen „Klimaschutz“-Organisation „Extinction Rebellion“ – sind die Blaupause für künftige grün-rot-linke Bündnisse auch auf Bundesebene. Das rot-rot-grüne Berlin ist ein Versuchslabor dafür, was Deutschland unter grün-linker Herrschaft blühen würde.

Mit den „Grünen“ an der Macht wird Deutschland zur linken Gesinnungsrepublik.



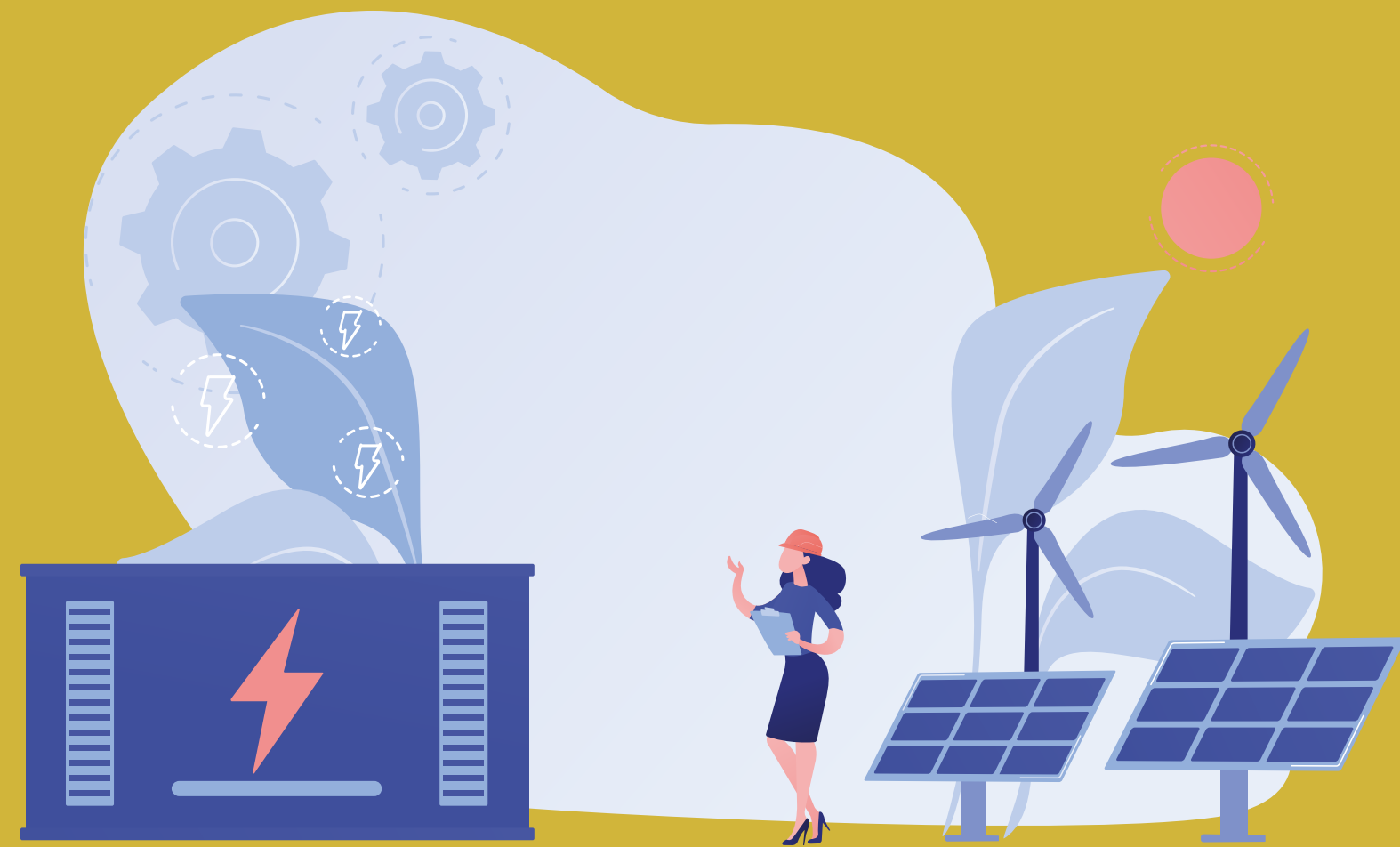
Ökodiktatur

Ökodiktatur: Die „Grünen“ wollen den autoritären Staat „Kanzlerkandidatin“ Annalena Baerbock lässt die Katze aus dem Sack: Wenn sie an die Macht kommen, wollen die „Grünen“ ein „Klimaschutzministerium“ mit Vetorecht gegen alle Gesetze, die dem „grünen“ Klimawahn zuwiderlaufen. Und ein „Klima-Task-Force“ genannter Kabinettsausschuss soll im Eiltempo „grüne“ Vorhaben durchpeitschen und die Republik umkrempeln.

Abgesehen davon, dass in einer Demokratie Gesetze vom Parlament beschlossen werden, was den „Grünen“ offenbar egal ist: Mit dem Veto-Super-Ministerium würde auch die gesamte Regierungspolitik unter das Kommando der Ideologie der „Grünen“ gestellt. Wenn es mit dem Kanzleramt nicht klappt, wollen sie ihre Ökodiktatur eben über ein Nebenzkanzleramt errichten.

So hebeln die „Grünen“ nicht nur die Verfassung aus. Sie schaffen auch neue Versorgungsposten für ihre radikale Ökokrieger-Klientel. Unter „grüner“ Protektion können dann die Ökoterroristen, die eben noch im Hambacher Forst auf den Bäumen saßen und Polizisten mit Fäkalien beworfen haben, als Ministerialbürokraten ihren Unfug weitertreiben – gut besoldet und krisenfest versorgt auf Kosten der Bürger und Steuerzahler.

Die dürfen sich schon mal auf lange Jahre der verschärften Ausplünderung und Verarmung einstellen. „Die Transformationsphase, die nächsten 20 Jahre, werden logischerweise eine Phase der Zumutung“, verkündet Baerbock. Dass es dabei „fair“ zugehen soll, glauben die „Grünen“ wohl selbst nicht. Sie wollen das „größte Klimapaket“, das „dieses Land je gesehen hat“ – Superlative und Größenwahn verraten die Sprache der Diktatoren.



Die Summen, die die „Grünen“ für ihre „ökologische Transformation“ ausgeben wollen, sind enorm; die 50 Milliarden Euro jährlich im Wahlprogramm sind nur der Anfang. Weil „der Staat“ bekanntlich kein Geld hat, sondern alles, was er ausgibt, erst den Bürgern wegnehmen muss, kommen auf die Deutschen gewaltige Lasten zu. Sie müssen bezahlen, über die Steuern von heute und über explodierende Staatsschulden, die nichts anderes sind als die Steuern von morgen.

Je fetter und mächtiger der Staat, desto schwächer die Bürger, die trotz aller drückenden Lasten

irgendwie über die Runden kommen müssen. Damit sie den Karren trotzdem weiterziehen,

müssen sie eingeschüchtert und in Dauer-Panik versetzt werden. Da hat die Regierung Merkel

bereits intensiv vorgearbeitet, und die vom Gebührenzahler zwangsbesoldeten „Grünen“-Propagandisten von ARD und ZDF stehen ja auch weiter parat.

Helmut Schmidt wusste es schon 1980:

„Wer die ‚Grünen‘ wählt, der wird sich später mal bitterste Vorwürfe machen.“



Verbotssozialismus

Verbotssozialismus: Mit den „grünen“ Volksgouvernanten in die Unfreiheit

Sie fahren gerne Auto, wollen selbst entscheiden, welcher Motor unter der Haube steckt, und drücken auf der leeren Autobahn auch mal gern aufs Gas? Sie fahren gern Motorrad oder wollen nach einem langen Arbeitsjahr in den hartverdienten Urlaub fliegen? Sie essen gern ein Steak, müssen beim Einkauf für den Grillabend auf den Preis schauen? Sie träumen von einem Einfamilienhaus im Grünen, womöglich mit einem Pool im Garten? Sie gehen mit den Kindern oder Enkeln auch mal gern in den Zoo, und Christbaum und Silvesterböller gehören für Sie zu Weihnachten und Neujahr einfach dazu?

Dann sollten Sie lieber nicht die „Grünen“ wählen, denn all das und noch viel mehr steht bei den „Grünen“ schon auf der Verbotsliste. Nicht wenige „Grüne“ würden am liebsten gleich auch noch Deutschland selbst verbieten – ein Antrag, den Namen unseres Landes vom Wahlprogramm zu streichen, hatte auf dem Bundesparteitag der „Grünen“ jedenfalls hunderte Unterstützer.

Die „Grünen“ sind die Verbotsparterie. Diesen Ruf werden sie nicht los, auch wenn sie noch so viel Kreide fressen. Bei der eigenen Klientel kommen solche Verbotsphantasien, vom Tempolimit auf der Autobahn über das Kurzstrecken-Flugverbot bis zum „Veggie Day“ in der Betriebskantine – gut an. Im Kern sind die „Grünen“ eine Partei der rabiaten Spießer, die erst dann zufrieden sind, wenn sie auch allen anderen verbieten können, was ihnen selbst nicht gefällt.

Aber sie sind auch die Partei der gelebten Doppelmoral; ihre Funktionäre nehmen gern für sich selbst in Anspruch, was sie anderen untersagen wollen. Flugreisen in den Urlaub gefährden das „Klima“, aber selbst zur „Klimakonferenz“ fliegen ist natürlich weiter in Ordnung – „Langstrecken-Luisa“ lässt grüßen.



Man kennt das von der Nomenklatura sozialistischer Diktaturen: Alle sind gleich, aber die da oben sind gleicher und privilegieren sich selbst. Das ist kein Zufall: Denn vor allem sind die „Grünen“ eben Sozialisten. Freiheit ist ihnen suspekt, Andersdenkende halten sie für gefährlich, und wie alle Sozialisten wollen sie einen Staat, in dem sich alles nach ihrer ideologischen Pfeife richtet. Verbote, die tief in das Privatleben der Bürger eingreifen, sind ein effektives Mittel, um die Köpfe der Menschen zu kontrollieren und die Regierten ideologisch auf Linie zu bringen. Die Verbotspolitik der „grünen“ Freiheitsfeinde verfolgt daher vor allem einen Zweck:
die „grüne“ Spielart des Sozialismus durch die Hintertüre des Gouvernanten-Staats einzuführen.



Industriezerstörung

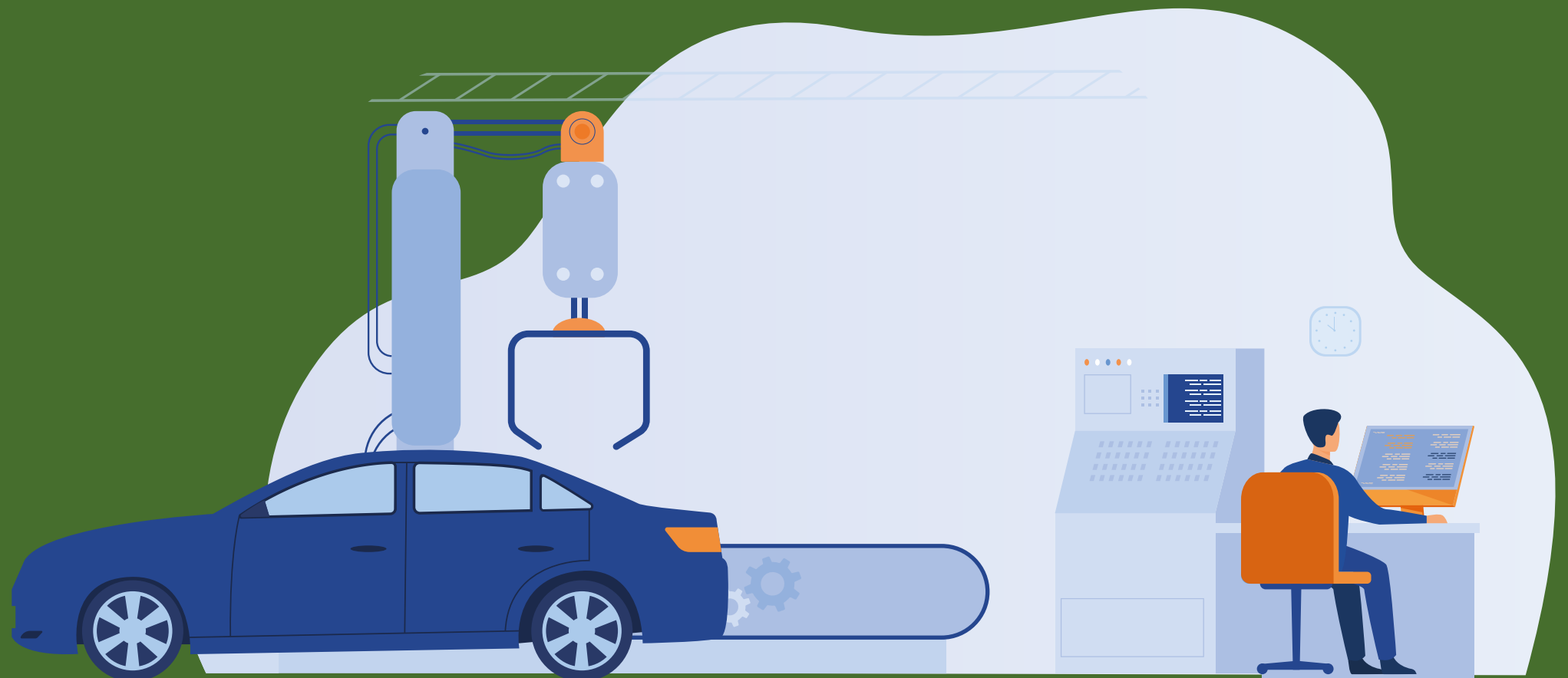
Industriezerstörung: Die „Grünen“ machen Deutschland zum Zurückentwicklungsland

Die „übersteigerte“ Klimaschutzpolitik der „Grünen“ treibt Deutschland in die Deindustrialisierung, warnte unlängst Alt-Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD). Er muss es wissen, er war es ja, der vor mehr als zwanzig Jahren als erster die „Grünen“ in eine Bundesregierung holte. Seither geistert der Klimaschutz-Wahn durch die deutsche Politik und dient den „Grünen“ als Hebel, um die etablierten Parteien zu Kollaborateuren bei der Zerstörung des Industriestandortes Deutschland zu machen.

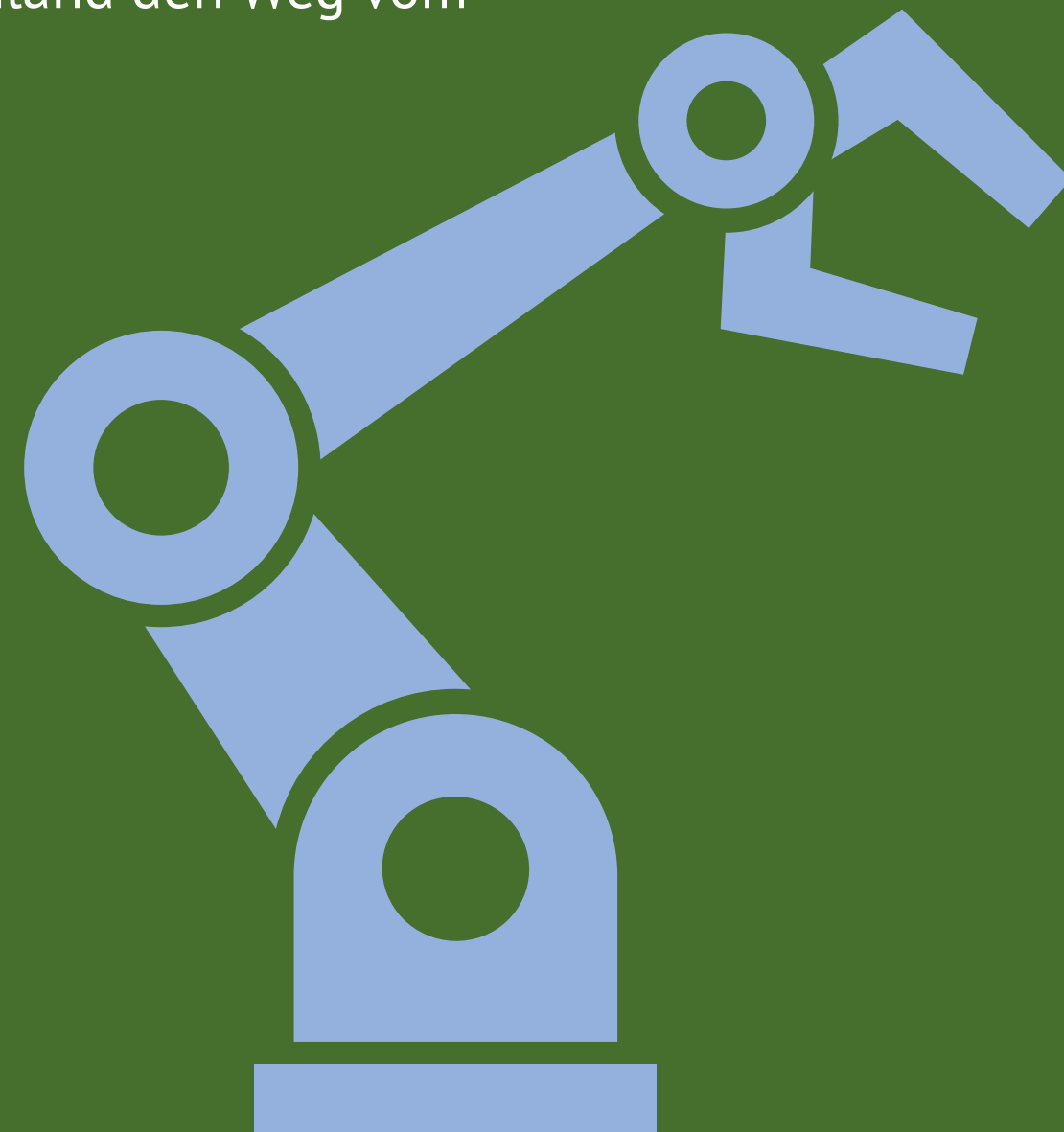
Schröders Nachfolgerin Angela Merkel hat bereits ein „grünes“ Vorhaben nach dem anderen auf den Weg gebracht: Atomausstieg, Kohleausstieg, „Energiewende“, Krieg gegen Verbrenner-Motoren und Elektroauto-Planwirtschaft. Merkels „grüne“ Politik hat schon jetzt zehntausende hochwertige Arbeitsplätze vernichtet.

Das „Klimaschutzprogramm“ der „Grünen“ treibt den Irrsinn auf die Spitze: Vorgezogenes Verbot von Verbrennungsmotoren, „Kohleausstieg“ und damit Abschaltung der letzten grundlastfähigen Kraftwerke schon 2030, Steigerung der Subventionen für unzuverlässige Wind- und Solarenergie, Preisinflation für Energie, Transportkosten und Vorprodukte durch Hochtreiben der CO2-Steuer, noch mehr Steuern, Vorschriften und Verbote.

Die Folgen kann man sich leicht ausrechnen: Ein Kahlschlag in der produzierenden Industrie und insbesondere im Automobilsektor. Die Aktionäre der Konzerne, die sich den Planwirtschafts-Diktaten unterwerfen und sich mit der „grünen“ Klimaschutz- und „Diversitäts“-Ideologie arrangieren, werden trotzdem ihren Schnitt machen. Der „Pakt mit der Industrie“ von „Kanzlerkandidatin“ Annalena Baerbock lässt am Ende den Steuerzahler die Kosten für „klimaneutrales“ Wirtschaften nach „grünen“ Vorgaben am Markt vorbei bezahlen.



Arbeitnehmer und Mittelstand schauen dagegen in die Röhre:
Für den Bau von E-Autos wird weniger qualifiziertes Personal benötigt, spezialisierte mittelständische Zulieferer werden überflüssig.
Jeder zweite der immer noch rund 800.000 Jobs in der Automobilindustrie hängt am Verbrennungsmotor. Steuerfinanzierte Staatsposten für Genderbeauftragte oder Asylhelfer sind kein Ersatz für produktive Arbeitsplätze. China plant bemannte Flüge zum Mars, in Deutschland proklamieren die „Grünen“ die Rückkehr zum Radfahren. Krasser könnte der Kontrast nicht sein. Mit den „Grünen“ nimmt Deutschland den Weg vom Industrieland zurück zum Entwicklungsland.
Das „grüne“ Deutschland wird zum Zurückentwicklungsland.



Masseneinwanderung

Masseneinwanderung: Mit den „Grünen“ fallen die letzten Hemmungen

Alle Schleusen auf: Das ist in aller Kürze die Migrationspolitik der „Grünen“. Illegale, Unqualifizierte, Sozialmigranten, Asylschwindler – alle sind den „Grünen“ willkommen, alle sollen bleiben dürfen, mit Sonderrechten ausgestattet werden und ihren Teil vom Kuchen abbekommen. Was die Lieblingskanzlerin der „Grünen“ Angela Merkel mit ihrem Willkommensputsch von 2015 begonnen hat, wollen sie radikal zu Ende führen, wenn sie selbst an die Regierung kommen.

Sie machen sich auch gar keine Mühe, noch zu verschleiern, was sie vorhaben. Die Spitzenkandidatin der „Grünen“ Annalena Baerbock schwadroniert von einer „einladenden Zuwanderungspolitik“. Wenn sie Kanzlerin wird, will sie ein eigenes „Einwanderungsministerium“ schaffen. Statt der inneren Sicherheit soll „die Vielfaltspolitik, die Teilhabepolitik in den Mittelpunkt eines gebündelten Ministeriums gestellt werden“. Heißt im Klartext: Posten, Jobs und Quoten im öffentlichen Dienst, in Ämtern und Gremien für die Migranten-Klientel der „Grünen“.



Asylbewerber, auch abgelehnte, sollen schnellstmöglich sichere Aufenthaltstitel bekommen, und wer „Teil der Gesellschaft geworden“ ist – also eine Weile da ist – soll gleich auch den deutschen Pass erhalten. Je mehr Migranten ins Land kommen und bleiben, desto mehr potenzielle „Grünen“-Wähler und Betreuungsfälle für die „grüne“ Sozialpädagogen-Klientel.

Ganz offen fordern sie in ihrem Parteiprogramm, „auch im gering- und unqualifizierten Bereich neue Zugangswege nach Deutschland zu schaffen“. Den Hartz-IV-Regelsatz wollen die „Grünen“ von 432 Euro gleich auf 603 Euro aufstocken und Sozialleistungen für Kinder deutlich erhöhen, Asylbewerber sollen von Beginn an „unterschiedslosen Zugang zu Wohnraum, Gesundheits- und Sozialleistungen“ erhalten.

Das deutsche Sozialsystem, das noch mit rund fünf Millionen überwiegend unqualifizierten Zuwandern

der letzten zehn Jahre zu kämpfen hat, würde damit wohl endgültig in die Luft gesprengt. Bluten soll dafür

der Normalbürger, für den die Steuerschraube immer fester angezogen wird und der sich obendrein noch bei jeder Gelegenheit als „Rassist“ beschimpfen lassen darf, wenn er aufmuckt.

Der Bogen, den gut ausgebildete Migranten um das Hochsteuer- und Sozialabzockgebiet Deutschland schlagen, wird unter „grüner“ Herrschaft noch größer werden. Wer kann, wird als Leistungsträger Deutschland erst recht verlassen.

**Übrig bleibt ein ruiniertes
und instabiles multikulturelles Absteiger-Land.**

